

Berlin, 23.11.2006

KONFERENZ DER VERKEHRSMINISTER UND –SENTOREN DER LÄNDER AM 22./23. NOVEMBER IN BERLIN

Im Anschluss an die zweitägige Verkehrsministerkonferenz informierten heute die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, die **Berliner Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer**, der **Verkehrsminister von Nordrhein-Westfalen, Oliver Wittke** und der **Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee**, über die Ergebnisse der Konferenz.

Die Tagesordnung der turnusmäßigen Konferenz umfasste u.a. folgende Themen: Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft, Überprüfung des Sanktionsniveaus für Verkehrsverstöße, Novellierung des Sonn- und Feiertagsfahrverbots für LKW, Börsengang der DB AG, Reduzierung des Lärms durch Güterverkehr auf der Schiene sowie den Antrag der DB AG zur Fahrpreiserhöhung für den Regionalverkehr.

Die Verkehrsminister der Länder halten, trotz der bereits erzielten Erfolge, eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit für notwendig. Ein Mittel hierzu kann auch die Erhöhung des Sanktionsniveaus für schwere Verkehrsverstöße, wie Fahren unter hohem Alkohol- oder Drogeneinfluss, sein. Von einigen Ausnahmen abgesehen wurden seit 1990 die Geldbußen bei schweren Verkehrsverstößen nicht mehr angehoben. Erfahrungen in weiteren EU-Ländern zeigen, dass die Anhebung des Sanktionsniveaus zu einem signifikanten Rückgang der Unfallzahlen beitragen kann.

Wichtig neben der Verabschiedung höherer Bußgelder ist jedoch die Intensivierung der Verkehrsüberwachung. Die Verkehrsminister möchten die Änderung der Bußgeldvorschriften sowie die Verstärkung der Verkehrsüberwachung in Abstimmung mit der Innenministerkonferenz erzielen und bitten die Innenminister, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Über die mögliche Höhe der neuen Bußgeldobergrenzen haben die Verkehrsminister der Länder weder diskutiert noch einen Beschluss gefasst.

Die Verkehrsministerkonferenz hält eine Überprüfung der Praxis zur Erteilung von Ausnahmen des Sonntags- und Feiertagsfahrverbotes für Lkw für geboten, mit dem Ziel, die Praxis zu vereinheitlichen. Das Land Niedersachsen wird gebeten die Beratungen der Länder zum Lkw-Fahrverbot an Sonn- und Feiertagen zu koordinieren. Unter Leitung des Landes Nordrhein-Westfalen wird sich eine hochrangige Arbeitsgruppe mit dem Thema Lkw-Überholverbote auf zweispurigen Autobahnen befassen.

Die Länderminister unterstrichen, dass bei der angestrebten Privatisierung der Deutschen Bahn AG die Länderinteressen gewahrt werden müssen. Ingeborg Junge-Reyer, Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz und Berliner Senatorin für Stadtentwicklung: „Auch nach einem Börsengang der DB AG müssen die Bundesländer und der Bund Entscheidungen über die Infrastruktur weiterhin treffen können. Es kann nicht sein, dass über den Aus- und Neubau von Schieneninfrastruktur ausschließlich eine börsennotierte AG entscheidet. Die grundsätzliche Entscheidung der Bundesregierung, das Schienennetz mit dem Börsengang in den Besitz des Bundes zu überführen, begrüßen die Verkehrsminister. Im Rahmen der jetzt anstehenden Veränderungen wollen die Länder die Möglichkeit erhalten, die regionalen Netze für den Schienenpersonennahverkehr zu übernehmen und diese selber zu bewirtschaften.“

Gemeinsam mit Vertretern der DB AG und Vertretern der Bundesregierung diskutierten die Länderminister über die geplanten Tarifierhöhungen der DB AG für den Regionalverkehr. Die beantragten Tarifierhöhungen muss der Bund bis zum 28. November formal genehmigen. Die Länder äußerten gegenüber den Vertretern der DB AG starke Vorbehalte gegen die geplanten Preiserhöhungen, sie halten die beantragten Fahrpreiserhöhungen für nicht nachvollziehbar. Die Länder sehen die Notwendigkeit die bisherige Rechtslage zur Genehmigungspflicht von Tarifierhöhungen bei der DB AG zu ändern. Hessen hat deshalb nach einem entsprechenden Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom Oktober 2005 eine Bundesratsinitiative vorbereitet. Ziel dieser Initiative ist es, durch Gesetzesänderungen eine inhaltliche Prüfung der Anträge möglich zu machen. Die Verkehrsminister bedauerten, dass die derzeitige Rechtslage den Ländern keine Möglichkeit gibt, die Tarifanträge tatsächlich nachzuvollziehen, zu bewerten oder zu verhindern.

Die Verkehrsministerkonferenz unterstützt alle Bemühungen den Güterverkehr auf der Schiene weiter zu stärken, da die Schiene ein umweltfreundlicher und sicherer Verkehrsträger ist. Allerdings muss gewährleistet werden, dass auf den Hauptstrecken des Schienengüterverkehrs die Lärmbelastung so weit wie möglich gemindert wird. Deshalb bittet die VMK die Bundesregierung ein Sonderprogramm zur finanziellen Unterstützung einer schnelleren Umrüstung vorhandener, in Deutschland zugelassener Güterwagen auf lärmmindernde Verbundstoff-Bremsen aufzulegen. Um in einem Zeitraum von weniger als 10 Jahren den vorhandenen Bestand an lauten Güterwagen umzurüsten, sollten dazu jährlich 60 Mio. Euro bereitgestellt werden. Darüber hinaus bittet die Verkehrsministerkonferenz den Bund, auf die DB Netz AG einzuwirken, gestaffelte Trassenpreise einzuführen: Ziel dabei sollte sein, mit höheren Trassenpreisen für laute Fahrzeuge einen wirtschaftlichen Anreiz zur schnelleren Umrüstung alter Güterwagen zu schaffen. Auf europäischer Ebene sollte ebenfalls versucht werden, eine Umrüstung aller in Europa verkehrenden Güterwagen vorzuschreiben.

Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung informierte die Landesminister über die Verkehrspolitik des Bundes. Er erläuterte die Mittelzuteilung für Verkehrsinvestitionen und verwies auf die Bedeutung von europäischen Verkehrsthemen auch vor dem Hintergrund der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands. Schwerpunkte der inhaltlichen Arbeit während der EU-Ratspräsidentschaft werden aus Sicht von Tiefensee u. a. die Stärkung und Harmonisierung des Eisenbahnverkehrs sowie grundsätzliche Fragen des Luftverkehrs sein.

Im Rahmen der Sitzung der Verkehrsminister wurde turnusmäßig die Wahl des Vorsitzenden der VMK und seines Stellvertreters für die neue Amtsperiode vom 1.1.2007 bis 31.12.2008 vollzogen. Die Berliner Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer, übergab anschließend den Vorsitz an den Verkehrsminister von Sachsen-Anhalt, Dr. Karl-Heinz Daehre.